

Bericht aus Berlin

Norbert Brackmann informiert

Newsletter
November 2013

Liebe Freunde,

die Koalitionsverhandlungen wurden von der Öffentlichkeit begleitet als wären sie eine Art Fußballspiel, bei den zwei Teams gegeneinander antreten. Verkannt wurde dabei, dass am Ende eine Regierung stehen muss, welche die nächsten vier Jahre die notwendige Sattelfestigkeit für die Herausforderungen in Deutschland und Europa besitzt. Klar müssen wir als Union unsere Kröten schlucken. Am Ende trägt der Vertrag aber an den überwiegenden Stellen eine christdemokratische Handschrift. Leider müssen wir nun noch das Ergebnis des SPD-Mitgliedervotums abwarten. Die Genossen nennen dies „besonders demokratisch“. Auch wenn ich Verständnis für die Problemlage der SPD habe, verhehle ich doch nicht meinen Unmut über diese aufgezwungene Verzögerung gegenüber dem **gewählten Parlament**. Denn am Ende – das muss der SPD klar sein – tragen wir eine Verantwortung für das Land und nicht nur für eine Partei.

Sehr wichtig für mich als Haushaltspolitiker ist, dass wir das Ziel der wachstumsfreundlichen Konsolidierung im Vertrag stehen haben und ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen wollen.



(Copyright: Tobias Koch)

Was bringt der Vertrag für die Menschen in der Region?

Bessere Krankenhausfinanzierung

Eine flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elementen der Daseinsvorsorge. Gerade Schleswig-Holstein hatte hier jedoch in der Vergangenheit unter nicht vollständig gerechtfertigten geringeren Kostenpauschalen für Krankenhausleistungen zu leiden. Jährlich entgingen dem Land immerhin 33 Mio. Euro. Damit soll jetzt Schluss sein! Union und SPD haben sich auf eine Angleichung der Landesbasisfallwerte geeinigt, was auch den Krankenhäusern bei uns in der Region zu Gute kommen wird. Neben den privaten profitieren davon gerade auch die gemeinnützigen Krankenhäusern wie etwa das St. Adolf Stift in Reinbek, das DRK-Krankenhaus in Mölln-Ratzeburg oder das Johanniter-Krankenhaus in Geestacht.

Mehr Geld für unsere Kinder

Bereits die schwarz-gelbe Bundesregierung hat den Ländern bei der Finanzierung der Kinderbetreuung mit 2,35 Mrd. Euro beiseite gestanden. Auf dieser Basis konnten bei uns im Kreis Herzogtum Lauenburg mit einer Quote von derzeit ca. 34 % und im Kreis Stormarn mit einer Quote von ca. 44 % (Stand: Juni 2013) die Versorgungssituation für Kinder unter 3 Jahren verbessert werden. Um weiterhin den Kita-Ausbau sicherzustellen, wird der Bund die Länder in der laufenden Legislaturperiode mit weiteren 6 Mrd. Euro entlasten, die daneben für den Schul- und Hochschulbau verwendet werden können. Dies ist als prioritäre Maßnahme verzeichnet und steht daher nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt. Sollten die Gelder für die Kinderbetreuung nicht ausreichen, werden diese entsprechend des erkennbaren Bedarfs aufgestockt. Damit wird die Kinderbetreuung bei uns in der Region weiterhin voran gehen!

Entlastung der Kommunen

Stark entlastet wird auch der kommunale Bereich. Neben der letzten Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter im Jahr 2014 mit umgerechnet 1,1 Mrd. Euro, werden wir im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes die Kommunen mit Mehrausgaben von 3 Mrd. Euro in dieser Legislaturperiode bei der Eingliederungshilfe unterstützen. Damit bleibt für den kommunalen Bereich bei uns in der Region mehr Geld für andere bürgernahe Investitionen, unter dem Vorbehalt freilich des kommunalen Länderfinanzausgleiches.

Mehr Geld für die Städtebauförderung

Schließlich werden wir als weitere Priorität im Koalitionsvertrag die Städtebauförderung mit weiteren 600 Mio. Euro unterstützen. Im Rahmen der Programme „Soziale Stadt- Investitionen im Quartier“, „Stadtumbau West“, „Aktive Stadt- und Ortsteilszentren“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „kleinere Städte- und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ haben im Jahr 2013 unter anderem Lauenburg, Ratzeburg und Bad Oldersloe Gelder für die Städtebauförderung erhalten. Mit dem neuen Geld können vermehrt gute Konzepte bewilligt werden.

Mehr Verkehrsinvestitionen

Für den Bundesverkehrswegeplan soll es künftig 1,25 Mrd. Euro mehr Geld geben. Für besondere dringende und bedeutsame Vorhaben soll ein „nationales Prioritätenkonzept“ entwickelt werden. Davon wird auch unsere Region profitieren können.

Positive Signale bei der Reform der Schifffahrtsverwaltung

Ein weiterer Erfolg gibt es bei der Reform der Schifffahrtsverwaltung. So haben sich Union und SPD darauf geeinigt, ein Umbau der Behörde nur unter Einbindung aller Beschäftigten und unter Sicherung der regionalen Kompetenz vorzunehmen. Dies ist ein Grund der Freude für das Wasser- und Schifffahrtsamt Lauenburg.

Hochwasserschutz

Die Lauenburger Bürger können ein Lied davon singen, wie wichtig der Hochwasserschutz ist. Bis Ende 2014 soll ein neues Nationales Hochwasserschutzprogramm erarbeitet werden. Den Flüssen muss wieder mehr Raum gegeben werden! Für die Elbe soll es ein eigenes Gesamtkonzept geben.



(Copyright: Tobias Koch)

Kein Fracking

Die Menschen in der Region machen sich berechnete Sorgen über einen möglichen Einsatz der Fracking-Technologie am Schwarzenbekerfeld. Ich war bereits in der letzten Legislaturperiode Teil einer Gruppe von 55 Abgeordneten innerhalb der Unions-Fraktion, die sich klar gegen diese Technologie eingesetzt hat. Nachdem wir aufgrund von Widerständen sowohl auf Seiten der FDP, aber auch auf Seiten des Bundesrates, leider kein Gesetz verabschieden konnten, haben wir früh gesagt: „Wir wollen nach der Wahl einen Passus im neuen Koalitionsvertrag.“ Dies haben wir nun erreicht! So steht jetzt festgeschrieben, dass SPD und Union den Einsatz von umwelttoxischen Substanzen klar ablehnen. Neben einem transparenten Prozess unter Einbindung der Wissenschaft zur weiteren Erforschung dieser Technologie, soll es kurzfristig Gesetzesänderungen geben, welche den Einsatz von Fracking verhindern. Nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit müssen unter allen Umständen ausgeschlossen sein. Unter den jetzigen Kenntnissen heißt das: Kein Fracking!

Mehr Lärmschutz

Freuen können sich schließlich die Menschen in der Region, die entlang der Schienen und Straßen leben. So wollen Union und SPD die Mittel für die Lärmschutzprogramme erhöhen. Das freiwillige Lärmsanierungsprogramm für Bestandsstrecken wird ausgebaut und rechtlich abgesichert. Den Schienenlärm wollen wir zudem bis 2020 halbieren, was die Menschen an der Strecken zwischen Hamburg und Büchen oder an der sich im Ausbau befindenden Linie S4 von Hamburg über Bad Oldersloe nach Ahrensburg betrifft. Laute Güterwagen sollen das deutsche Schienennetz nicht mehr befahren dürfen!

Ihr Norbert Brackmann